



Wahlprüfsteine Friedenspolitik zu den Landtagswahlen 2019 Thüringen

Netzwerk Rüstungskonversion THÜRINGEN

Im Vorfeld Landtagswahl in Thüringen am 27. Oktober 2019 baten wir die zur Wahl stehenden Parteien uns ihre Position zu folgenden Fragen darzustellen:

1. Wie steht Ihr Landesverband zur geforderten Steigerung der Rüstungsausgaben auf 2 % des Bruttoinlandsproduktes?
2. Wie steht Ihr Landesverband zu Rüstungsexporten in Spannungsregionen und in Staaten, die Menschenrechte verletzen?
3. Wie steht Ihr Landesverband zur Stationierung von Atomwaffen in Deutschland?
4. Würde sich Ihr Landesverband für Rüstungskonversion einsetzen? Wenn ja, welche konkreten Schritte würden Sie einleiten?

Es antwortet:

BÜNDNIS 90 / Die Grünen Thüringen

zu 1.: Für uns haben die Erhöhung der Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit, zivile Krisenprävention und internationalen Klimaschutz Vorrang. Wir lehnen eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben auf 2% des Bruttoinlandsprodukts und ein neues Wettrüsten ab. Mehr Sicherheit ist nicht durch weitere enorme Steigerungen der Verteidigungshaushalte in allen NATO-Staaten zu erreichen. Diese sind sicherheitspolitisch nicht begründet. Dort wo es Lücken bei der Ausstattung der Bundeswehr gibt, müssen diese priorisiert werden. Wir wollen eine klare Orientierung der Ausgaben an den konkreten Aufgaben und keine Industriepolitik.

zu 2.: Rüstungsexporte in Spannungsgebiete und Staaten, die Menschenrechte verletzen, sind nach den geltenden „Politischen Grundsätze für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“ grundsätzlich unzulässig. Dass inzwischen der Export in Staaten außerhalb der NATO und EU die Regel ist und immer wieder Waffen in Krisenregionen und an autoritäre Staaten exportiert werden, ist für uns der Beleg, dass die unverbindlichen Grundsätze so nicht länger bestehen können. Wir wollen deshalb ein strenges Rüstungsexportkontrollgesetz, das gesetzlich untersagt, Waffen in Krisenregionen oder an Staaten, die die Menschenrechte massiv verletzen, zu liefern.

Weiterlesen auf Seite 2

**Wahlprüfsteine Friedenspolitik
zu den Landtagswahlen 2019 Thüringen**

3. Wie steht Ihr Landesverband zur Stationierung von Atomwaffen in Deutschland?
 4. Würde sich Ihr Landesverband für Rüstungskonversion einsetzen? Wenn ja, welche konkreten Schritte würden Sie einleiten?
-

zu 3.: Als Partei, die sich aus der Anti-Atombewegung heraus gegründet hat, ist unsere Position zum Thema Atomwaffen unverändert geblieben. Wir halten diese Massenvernichtungswaffen nach wie vor für menschenverachtend und setzen uns für ihre Abschaffung ein. Daher haben wir das Zustandekommen eines UN-Atomwaffenverbotsvertrags auch begrüßt. Mit Sorge betrachten wir die derzeitigen Aufrüstungspläne und Absichten zur Modernisierung von Atomwaffen. Jeder beabsichtigte oder unbeabsichtigte Einsatz einer Atomwaffe hätte katastrophale und nie wiedergutzumachende humanitäre und ökologische Folgen für die Menschen. Daher sind wir auch für einen Abzug der Atomwaffen aus Deutschland als Beitrag einer glaubwürdigen Abrüstungspolitik.

zu 4.: Als GRÜNE begrüßen wir, wenn eine Konversion von Rüstungsgütern hin zu zivilen Gütern stattfindet. Diese Entscheidung sollte auch aus Interesse der Firmen mit Blick auf langfristige, nachhaltige Güter fallen. Strenge Rüstungsexportkontrollen wie von uns vorgesehen, werden keinen Anreiz darstellen, verstärkt in die Rüstungsproduktion zu gehen.

(Ungekürzte Antwort September 2019)